Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche habe ich das erste Mal eine Sitzung des Umweltausschusses und die Anhörung über den Wolf geleitet. Ich freue mich auf diese neue Herausforderung als stellvertretender Ausschussvorsitzender, sie erweitert die Spielräume und ermöglicht mir und der SPD Fraktion mehr umweltpolitische Initiativen voranzubringen.

Diese Parlamentswoche stand im Fokus der Umweltpolitik. Nachdem wir in der Landesgruppe NRW unsere neue Umweltministerin Svenja Schulze zu Gast hatten, gab es in dieser Woche im Umweltausschuss folgende Themen: Folgen von Nuklearkatastrophen, Atomgesetz, eine Anhörung zum Wolf, die parlamentarische Beratung zur Herstellerverantwortung bei Dieselfahrzeugen und das Verbot des Einsatzes von Neonikotinoiden. Näheres dazu könnt ihr meinem Wochenbericht entnehmen.

Viel Spaß beim Lesen.

THEMEN IN DIESER AUSGABE

- Nachrüstung von Diesel PKW
- Gewaltexzesse gegen die Rohingya stoppen
- Grundsteuer
- Europa neu gestalten
- EU Freilandverbot für bienengiftige Neonikotinoide
- Anhörung über den Wolf
- Staatsgründung Israel

Viele Grüße aus Berlin und ein herzliches Glückauf

Aus Berlin

Diesel und Fahrverbote

Beraten wurde mit dem Antrag 19/1695, wie intelligente Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in Städten ermöglicht werden können. Debattiert wurde über die Nachrüstung von Dieselbussen und der Digitalisierung des Verkehrs nach dem Sofortprogramm „Saubere Luft“. Im Zentrum stand natürlich die auch von uns geforderte Regelung der Kosten nach dem Verursacherprinzip.

Die Kommunen stehen vor dem Problem, dass sie in besonders gefährdeten Gebieten kurzfristig Fahrverbote aussprechen müssen, um dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 27. Feb. 2018 zu den Stickstoffoxidgrenzwerten nachzukommen.

Aus meiner Sicht muss die Nachrüstung der Dieselfahrzeuge auf Herstellerkosten erfolgen, und dies möglichst schnell.

Europa

Europa hat lange auf eine neue Regierung in Deutschland warten müssen. Die Fortentwicklung der Europäischen Währungsunion darf nicht länger hinausgezögert werden. Darüber haben wir in dieser Woche im Parlament gesprochen.
Der Koalitionsvertrag gibt die Richtung vor. Auf nichts weniger als einen neuen Aufbruch für Europa haben sich SPD und Unionsparteien verständigt. Ein solcher Aufbruch verträgt sich nicht damit, erst einmal alle Fragen für ein Jahr vertagen zu wollen, so unbestreitbar schwierig sie auch sind.
Wenn es eine Gelegenheit gibt, den Euro krisenfest zu machen, dann jetzt. Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union ist gut, die staatlichen Defizite sind so niedrig wie seit vielen Jahren nicht mehr. Gleichzeitig wächst die politische Unsicherheit weltweit um die Europäische Union herum. Die Geschichte wartet nicht. Deshalb ist es notwendig, auf dem Europäischen Rat in Juni zu Ergebnissen kommen. Ein Zaudern und Verschieben stärkt nur die Euroskeptiker.
Der Wohlstand in Deutschland basiert im Wesentlichen auf den Vorteilen, die die Europäische Union mit sich bringt. Arbeit, Wohlstand, Frieden und Sicherheit müssen durch eine moderne Europäische Union garantiert werden können. Daher wäre es fahrlässig, die Fortentwicklung der Europäischen Union auf die lange Bank zu schieben.

Verfassungswidrigkeit der Grundsteuer

Am Dienstag hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschieden, dass die derzeitige Berechnung der Grundsteuer verfassungswidrig ist.

Worum geht es? Mit der Grundsteuer besteuern Gemeinden und Kommunen Grundbesitz, also z. B. bebaute Wohn– oder Betriebsgrundstücke. Mit dieser Steuer, die in der Kommune verbleibt, nehmen die Gemeinden und Kommunen ca. 14 Mrd. Euro pro Jahr ein. Die Berechnung der Grundsteuer basiert auf dem Wert eines Grundstückes, dem sogenannten Einheitswert. Dieser wurde zuletzt 1964 in Westdeutschland und 1935 in Ostdeutschland ermittelt. Und genau da liegt das Problem, weil damit das momentane Bemessungsverfahren dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes in Art 3, Abs. 1 GG verletzt ist. Das Problem ist, dass sich die Immobilienwerte seitdem sehr unterschiedlich entwickelt haben. In Großstädten sind diese Werte extrem anders als in ländlichen Regionen. Bisher können dies Kommunen Wertveränderungen über den Steuerhebesatz ausgleichen. Das allein reicht dem Bundesverfassungsgericht nicht. Was also tun?

Wir haben uns bereits in der letzten Legislaturperiode für eine Änderung eingesetzt, um die nunmehr folgende Unsicherheit für Grundstücksbesitzer zu verhindern. Dies scheiterte am Unwillen der CDU, wesentliche Fragen der Steuerpolitik zu beantworten. Die momentane Grunderwerbssteuer entlastet Grundstücksbesitzer in guten Lagen, die erst in den letzten 50-70 Jahren an Wert gewonnen haben. Im Gegenzug werden dabei diejenigen belastet, deren Eigenheim auf dem privaten Markt zwar wenig wert ist, aber die in den (veralteten) Augen des Finanzamtes in einer guten Lage leben. Das ist nicht gerecht.

Das Thema steht jetzt im Koalitionsvertrag, und wir müssen bis Ende 2019 eine Neuregelung verabschiedet haben, die ab 2025 in Kraft treten kann. Denn die Grundsteuer kommt den Kommunen zu Gute, die ohne eine Neuregelung ihre im Durchschnitt drittgrößte Einnahmequelle verlieren würden. Wir fordern aus diesem Grund eine zukunftsgerechte und einheitliche Bemessungsmethode, die sich in regelmäßigen Abständen automatisch aktualisiert und dabei die Einnahmen der Kommunen nicht belastet.

Schutz und Anerkennung der Rohingya

Die SPD-Fraktion hat sich in einem gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen der Union, Bündnis90/ Die Grünen und der FDP für ein Ende der Gewaltexzesse durch das myanmarische Militär und lokale Mobs gegen die Rohingya ausgesprochen. Insbesondere müsse die Gruppe als gleichberechtigte Bevölkerungsgruppe mit vollen Bürgerrechten und –pflichten anerkannt werden.

Die Abgeordneten fordern die Bundesregierung auf, Einfluss auf die myanmarische Regierung zu nehmen: Myanmar müsse sich an die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen machen und Täter konsequent verfolgen. Die fortwährende Duldung der Verbrechen durch die Regierung sei inakzeptabel. Gleichzeitig solle die Bundesregierung sich bei den Vereinten Nationen für eine internationale Aufarbeitung einsetzen, und erweiterte humanitäre Hilfe leisten.

Bienengifte

In dieser Woche haben wir über einen Antrag zum Verbot es Einsatzes bienengiftiger Neonikotinoide beraten. Hier sind wir gefordert, schnell zu handeln, um den Bienensterben Einhalt zu gebieten. Ein neues Projekt des Bundesumweltministeriums soll Arten und Bestäubungsleistung sichern.
Mehr als die Hälfte der 561 Wildbienenarten stehen in Deutschland bereits auf der Roten Liste. Das Projekt "BienABest" soll helfen, dem Bienensterben Einhalt zu gebieten und die Bestäubungsleistung nachhaltig zu sichern. Unser Umgang mit der Natur hat

massive Auswirkungen auf die Wildbienen: Es wird viel zu viel gemäht, gedüngt und gespritzt, ganze Lebensräume verschwinden. Mit dem Blütenangebot nimmt auch die Nahrungsgrundlage für die kleinen Natur-Dienstleister ab. Wir brauchen darum dringend Initiativen, die den Wildbienen neuen Lebensraum geben. Denn Natur und Menschen sind dringend auf die Bestäuber angewiesen."

Mehr als die Hälfte der 561 Wildbienenarten sind in ihrem Bestand bedroht und werden deshalb in der Roten Liste Deutschlands geführt, mit steigender Tendenz. Wildbienen übernehmen eine Schlüsselrolle in der Bestäubung und erfüllen so eine wichtige Funktion im Ökosystem. Sie sichern die Bestäubung von Wild- und Kulturpflanzen. Damit sind sie auch ein Garant für die Erzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und stellen damit eine bedeutende Ökosystemleistung zur Verfügung.

DWA Gespräch

Am Montag hat die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) mir als wasserpolitischem Sprecher meiner Fraktion ihr Politikmemorandum übergeben. Die DWA ist eine politisch und wirtschaftlich unabhängige Organisation mit 14.0000 Mitgliedern, Fachleuten und Führungskräften aus Kommunen, Hochschulen, Ingenieurbüros, Behörden und Unternehmen. Wir haben unter anderem das Problem der durch den Menschen hervorgerufene Belastungen des Wasserkreislaufs durch Spurenstoffe aus kosmetischen und pharmazeutischen Produkten, Industriechemikalien sowie aus der landwirtschaftlichen Anwendung (zum Beispiel Pflanzenschutzmittel) besprochen. Wichtig ist aber zu berücksichtigen, das auch durch andere Stoffe wie Plastik, die in die Gewässer und dann auch in die Meere eingetragen werden Probleme entstehen, für die es dringend eine Veränderung geben muss. Im Gespräch ging es auch um die multiresistenten Keime, die in einigen deutschen Oberflächengewässern gefunden wurden. Hier müssen wir dringend an mehreren Stellen ansetzen. Wir brauchen eine aktuelle Bewertung der dadurch entstehenden Risiken, Aufklärungsmaßnahmen zur Verwendung von Antibiotika und anderen Medikamenten in der Humanmedizin. Wir müssen aber auch über Anwendungsbeschränkungen im Bereich der Tiermedizin, insbesondere in Bezug auf die Nutzung von Reserveantibiotika nachdenken.

Aus der Umweltpolitik

Anhörung des Umweltausschuss zum Wolf

Bei der Anhörung im Umweltausschuss wurde deutlich, dass durch die Rückkehr des Wolfes nach Deutschland keine Gefahr für die Bevölkerung besteht. Eine friedliche Koexistenz zwischen Weidetieren und Wölfen ist möglich. Dafür müssen Schäfer und Nutztierhalter beim Herdenschutz besser unterstützt werden.

Die anhaltende Wiederbesiedlung weiter Teile Deutschlands durch den Wolf seit 18 Jahren führt immer noch zu Unsicherheiten bei Bevölkerung und Weidetierhaltern, insbesondere dort, wo der Wolf sich neu etabliert. Das Zusammenleben mit dem Wolf muss daher wieder neu gelernt und organisiert werden. Dazu gehören seriöse Informationen über die Lebensweise des Wolfes und über wirksame Herdenschutzmaßnahmen.

Der Wolf ist eine bedrohte Art, deren Erhaltung noch lange nicht gesichert ist. Er steht deshalb unter strengem europäischem und deutschem Schutz. Dabei dürfen Einzeltiere bereits heute unter engen Voraussetzungen geschossen werden, zum Beispiel wenn einzelne Wölfe mehrfach Zäune überklettern oder sich dem Menschen nähern.

Zu einer sachlichen und ehrlichen Betrachtung gehört auch, dass die Regulierung der Wölfe durch die Jagd, wie sie der Deutsche Jagdverband fordert, weder rechtlich möglich noch fachlich geboten ist. Die Jagd auf Wölfe trägt langfristig nicht zum Schutz der Nutztiere bei und ist eine Scheinlösung.

Nutztierrisse lassen sich nur durch wolfssichere Zäune oder durch Herdenschutzhunde verhindern. Bei den Schutzmaßnahmen müssen die Nutztierhalter finanziell unterstützt werden. Gerade die Hüteschäferei hat seit Jahren große wirtschaftliche Probleme. Belastet die Rückkehr des Wolfes die Halter durch verstärkte Herdenschutzmaßnahmen und durch vermehrten Aufwand zusätzlich, muss die ökologisch notwendige Hüte Schäferei besser unterstützt werden.

Die Anhörung machte auch deutlich, dass es nachvollziehbare Befürchtungen in der Bevölkerung gibt, die ernst genommen werden müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass das Miteinander von Mensch und Wolf möglichst konfliktfrei verläuft.

Earth Day am 22. April 2018

Plastikvermüllung stoppen

Die Deutsche Umwelthilfe organisiert gemeinsam mit dem Europäischen Umweltbüro zahlreiche Aktionen zum Earth Day und wird dabei von NGOs auf der ganzen Welt unterstützt. Alle Aktionen werden unter dem Hashtag #BreakFreeFromPlastic zusammengefasst.

Das Strandgemälde ist Teil einer Protestaktion, die auf den "Earth Day" am 22. April aufmerksam machen soll. Plastikmüll zerfällt über Jahre in immer kleinere Teile. Dieses sogenannte Mikroplastik gefährdet Wasserökosysteme, bindet Schadstoffe und gelangt über Fische und Muscheln auch in die menschliche Nahrungskette. Plastikmüll im Meer, Mikroplastik auch in deutschen Flüssen, wieder steigende Landschaftsvermüllung durch Littering – die Probleme durch Plastikmüll nimmt weltweit zu.

Bild DUH

Anlässlich des diesjährigen Mottos des Earth Day am 22.04.2018 „Stoppt die Plastikvermüllung“ fordern wir als SPD-Umweltpolitiker energische Maßnahmen zur Verringerung und besseren Verwertung von Kunststoffabfällen. Bereits bei der Herstellung muss darauf geachtet werden, dass eine spätere Wiederverwendung und ein qualitativ hochwertiges Recycling möglich ist. Ebenso muss der Einsatz von Sekundärkunststoff erhöht werden. Ich halte entsprechende Änderungen in der Ökodesign-Richtlinie für sinnvoll. Insbesondere muss aber auch der Eintrag von Mikroplastik verringert werden. Der Verzicht von Mikroplastik in Kosmetika, Hygiene- und Putzmittel ist ein erster Schritt. Schnellst möglichst muss auch untersucht werden, auf welchen Wegen Mikroplastik in die Umwelt gelangt. Erste Studien haben zahlreiche Möglichkeiten aufgezeigt, vom Abrieb von Autoreifen, über das Waschen von Kleidung mit Kunststoffanteilen bis hin zur Verschmutzung von Bioabfällen in Haushalten mit Plastik. Wir benötigen schnell genauere wissenschaftliche Erkenntnisse über Mikroplastik und Initiativen der Produzenten und des Handels damit wir die richtigen Maßnahmen ergreifen können.

Im Wahlkreis unterwegs

Besuch bei DuBay Polymer

In meinem Wahlkreis habe ich Die DuBay Polymer GmbH, ein Joint Venture des Spezialchemie-Konzerns LANXESS und des US-Chemiekonzerns Du-Pont, besucht. An ihrem Standort in Hamm-Uentrop, mit 120 Mitarbeitern, produziert das Unternehmen einen Basiskunststoff - das Polymer Polybutylenterephtalat (PBT) – das als Ausgangsmaterial für Premium-Kunststoffe dient. Diese Kunststoffe werden zum Teil im Fahrzeugbau eingesetzt.

Mit dem Geschäftsführer und dem Leiter Global Operations Plastics habe ich über die Recycelbarkeit ihrer Kunststoffe, den Einsatz von recycelten Kunststoffen bei der Produktion und die europäische Plastikstrategie gesprochen. In dieser Anlage werden sämtliche Produktionsabfälle recycelt.

Feierliche Übergabe des neuen Löschgruppenfahrzeugs in Werne

In der vergangen Woche habe ich habe mich sehr darüber gefreut, dass ich symbolisch den Schlüssel für das neue Löschgruppenfahrzeug Katastrophenschutz (LF-KatS) an die Feuerwehr Werne übergeben durfte. Der Bund stellt Werne für den Katastrophenschutz dieses Fahrzeug zur Verfügung, das auch im kommunalen Brandschutz genutzt werden kann. In meinem Grußwort habe ich den ehren- und hauptamtlichen Helferinnen und Helfern gedankt, die durch ihren Einsatz und ihre Bereitschaft, sich immer wieder durch Qualifikationen auf die heutigen Herausforderungen des Katastrophenschutzes vorzubereiten, einen sehr wichtigen Beitrag in unserer Gesellschaft leisten. In der Vergangenheit wurde der Katastrophenschutz leider

vernachlässigt, seit einigen Jahren unterstützt der Bund bei THW und Feuerwehr und dem DRK die wichtige Arbeit der Haupt– und ehrenamtlichen Helfer wieder stärker.

Besuch bei der ASF Hamm

Die Geschehnisse der Kölner Silvesternacht 2015 und die sozialdemokratische Reform des Sexualstrafrechtes (http://michael-thews.com/2016/07/07/reform-des-sexualstrafrechts-nein-heisst-nein/) haben viele für das Thema sexuelle Belästigung und Gewalt sensibilisiert. Am 07.03.2017 hat die ASF Hamm über das Bedrohungsgefühle und Angsträume gesprochen, die viele Frauen verfolgen. Hier gibt es noch viel zu tun, wie zum Beispiel Sensibilisierungsmaßnahmen am Arbeitsplatz oder der Ausbau des bundesweiten Hilfetelefons für Betroffene.

Foto: H.J. Eickmann

Carlotta Bekker aus Werne geht für ein Jahr in die USA

Carlotta Becker startet in diesem Sommer zu einem einjährigen Aufenthalt in die USA. Sie nimmt am deutsch-amerikanischen Jugendaustausch des Parlamentarischen Patenschafts Programms (PPP) des Deutschen Bundestages und des Kongresses der USA teil. Ich habe für sie die Patenschaft übernommen.

Carlotta Bekker, Schülerin des das Anne-Frank-Gymnasiums in Werne, musste sich in den vergangenen Wochen einem anspruchsvollen Auswahlverfahren stellen und fährt im Rahmen des Schüleraustauschs-Programms für 1 Jahr in die USA.

Carlotta ist während ihres Aufenthalts bei einer Gastfamilie untergebracht und besucht eine US-amerikanische High School. Ich habe mit Carlotta vereinbart, dass wir Kontakt halten und sie mich über ihren Aufenthalt auf dem Laufenden hält.

Tickets für Messe IFAT an Freiherr-vom-Stein-Berufskolleg übergeben

Für die alle zwei Jahre stattfindende Messe IFAT, die weltweit führende Branchenmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft, konnte ich Eintrittskarten an den Schulleiter des Freiherr-vom-Stein-Berufskollegs in Werne, Herrn Gravert, übergeben. Die Messekarten sind ein Geschenk der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall. Die angehenden Umweltschutztechniker des Berufskollegs besuchen die Messe regelmäßig und wollen sich über die neuesten Technologien und Branchentrends informieren.

Foto: Jürgen Menke

Besuch bei der AG 60plus im Lüner Norden

Sehr gut besucht war das Seniorenfrühstück der AG 60plus der beiden Ortsvereine Altlünen und Lünen-Nord in der letzten Woche im Johanneshaus. Ich freue mich besonders über die Wahl von Wilfried Weineck zum Vorsitzenden und wünsche ihm alles Gute für seine neue Aufgabe. Zum Thema GroKo, zur Regierungsbildung und den Ministerämtern habe ich bei den Senioren referiert. Das Thema „Sozialer Arbeitsmarkt“ war Schwerpunkt der sich anschließenden Diskussion. Außerdem wurden die Themen Digitalisierung und ihre Auswirkung auf die Arbeitsplätze, Maschinensteuer, Mindestlohn, fehlender sozialer Wohnungsbau sowie der „Dieselskandal“ lebhaft diskutiert.

Von Barrierefreiheit bis Leitlinien und Sprachansagen

Eine spannende Diskussion und viele Fragen an mich gab es bei dem Treffen mit dem Arbeitskreis für Behinderte in Hamm. Der Arbeitskreis setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation für Menschen mit Behinderungen in Hamm ein. Er ist ein autonomer Zusammenschluss von Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen, die in der Behindertenarbeit in Hamm tätig sind.

Insbesondere die Errechnung der Rentenbeiträge in der Lebenshilfe, Veränderungen bei der Feststellung des behinderungsgrades bei Menschen mit Schwerhörigkeit oder Taubheit sowie die unterschiedlichen Facetten von Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und im privaten öffentlichen Raum wurde an diesem Abend thematisiert. Außerdem fordern die Vertreterinnen und Vertreter des Arbeitskreises eine verbesserte Aufklärung über die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung in Betrieben und eine weitergehende Unterstützung von Integrationsbetrieben.

Ich habe viele Anregungen mit nach Berlin und werde gerne diesen Dialog fortsetzen.

Foto: Szkudlarek

Besuch beim DRK-Ortsverein Stadt Selm e. V.

Gerne bin ich der Einladung des Rotkreuzleiters Ludger Westrup gefolgt, das Deutsche Rote Kreuz in Selm zu besuchen. Herr Westrup und weitere Kolleginnen und Kollegen haben mir die Arbeit des Ortsvereins vorgestellt. Das DRK Selm engagiert sich vor allem in den Bereichen Sanitätsdienst, Katastro-phenschutz, Unterstützung der örtlichen Feuerwehr und bei der Blutspende vor Ort. Außerdem werden neben der Betreuung und Begleitung von Senioren Textilien für Hilfebedürftige in der Kleiderkammer gesammelt. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Rettung und Versorgung von Menschen in Notsituation. Dafür werden Rettungskräfte ausgebildet und durch Aus-, Fortbildungen auf den Notfall vorbereitet.

Aktuell benötigt das DRK Selm einen gebrauchten Kranken-transportwagen. Dafür werden dringend Spenden benötigt. Ich habe meine Unterstützung zugesagt. Den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern danke ich für Ihren Einsatz und wünsche dem Ortsverein Selm, dass sich weiterhin viele Menschen aktiv in die wichtige Arbeit zum Wohle unserer Gesellschaft einbringen.

Die UentropSPD hatte Vereine aus dem Bezirk zum 2. Vereinsdialog eingeladen. Anna Böse moderierte die Veranstaltung

Die Vereine konnten sich austauschen und es wurden neue Projekte vorgestellt.

Auch dabei waren u.a. Bürgermeisterin Monika Simshäuser, Parteivorsitzender Marc Herter MdL, Justus Moor, Vorsitzender der SPD Ratsfraktion, sowie Ortsvereinsvorsitzender Marcus Wand und Mitgliederbeauftragter Stefan Heitkemper.

Besuch des Ortsvereins des DRK Selm

Sportgala des Stadtsportverbandes Lünen

Bei der Sportgala des Stadtsport-verbandes Lünen wurden die Lüner Sportlerinnen und Sportler für ihre hervorragenden Leistungen in den unter-

schiedlichsten Sportarten geehrt. Zur Sportlerin des Jahres wurde die Weltmeisterin im Sportkegeln, Cathrin Berthermann und zum Sportler des Jahres der Deutsche Meister im Kanu über 500 Meter, Thorben Illtz, gewählt. Ich gratuliere allen Aktiven und sage danke an die Ehrenamtlichen für diese schöne Veranstaltung.

Zur Erinnerung

Israel feiert 70. Unabhängigkeitstag

Seit gestern Abend feiert der Staat Israel sein 70. Gründungsjubiläum nach dem jüdischen Kalender. Die Feiern dauern 70 Stunden bis Samstagabend.

Am Jom haAtzma'ut feiern Juden in Israel und weltweit die Unabhängigkeit des Staates Israel. Der Nationalfeiertag fällt auf den Jahrestag der Proklamation des jüdischen Staates durch seinen ersten Premierminister, David Ben Gurion. Dieses Jahr jährt sich dieser für Israeli bedeutsame Tag zum siebzigsten Mal.

Mit viel Freunde und Festlichkeit wird im In — und Ausland Feste gefeiert, wie das ZDF berichtete.

Auch ich war am Donnerstag als Mitglied der israelischen Parlamentariergruppe beim Festakt der israelischen Botschaft im Maritim eingeladen. Ich habe mich sehr gefreut, dabei gewesen zu sein.

Nach der Eröffnung durch den Botschafter S.E. Jeremy Issacharoff hielt unser Außenminister Heiko Maas die Gast Rede. Er betonte in seiner Ansprache die besondere Freundschaft mit Israel und dass er sich für die nächsten Jahre wünsche, dass das Land im Lichte des Friedens noch weiter erblühen möge. „Bern Gurion hat sich für Israel gewünscht, dass der Staat Israel immer dem Grundsatz verpflichtet sein möge: Liebe deinen Nachbarn wie dich selbst... und wenn man in Israel ein Realist sein will, muss man an Wunder glauben." Er wünsche sich für Israel eine gerechten Frieden, in dem Israels Existenz und Sicherheit garantiert ist und in dem Israeli und Palästinenser Seite an Seite in zwei Staaten leben.

Die Gespräche und Begegnungen hatten viele Themen, bspw. wie erschafft man eigentlich einen Staat?

Die Geschichte des Staates Israel ist nämlich länger als diese 70 Jahre. Gelungen ist es mit der Idee von Theodor Herzl, dem Vater des Zionismus, der Vater der jüdischen Nationalbewegung.

Die Geschichte der Staatsgründung beruhte auf der Tatsache, dass der über 2000 Jahre alte Antisemitismus sich in immer wieder neuen Formen zum Ausdruck brachte. Juden wurden wo auch immer sie lebten verfolgt, in ihrem Leben eingeschränkt und ermordet. Also ist der Ursprung dem ewigen Leiden mit der Staatsgründung ein Ende zu setzen, einen Ort zu schaffen, in dem sich Juden sicher vor Verfolgung sein können. Und das dort, wo es einen biblischen Zusammenhang gibt. Anfang des 20. Jahrhunderts herrschte das Osmanische Reich über Palästina, die ersten jüdische Pioniere suchten Land, um Farmen zu bauen. Nach dem Erstem Weltkrieg übernahmen die Briten die Macht über dieses schmalen Länderbereich und holten Siedler hierher. Es begannen tausend Juden dieses Land urbar zu machen und lebenswert zu machen. Die Araber schauten diesem Geschehen nicht einfach tatenlos zu.

Schon dort nahmen die Konflikte mit dem arabischen Teil der Bevölkerung ihren Anfang. 1920 gab es die ersten Gewalttaten, ein arabischer Mob plünderte in Jerusalem Geschäfte, in einem Dorf wurden Juden erschossen, die Gewalt eskalierte immer mehr, es wurden Kriege daraus und bis heute bleibt immer nur die Hoffnung, das es eine friedliche Lösung des Nahostkonfliktes gibt.

Wir stehen fest an Israels Seite, eine Verpflichtung die aus unserer besonderen Verantwortung erwächst. Wir sind stolz auf die deutsch-israelische Freundschaft, die durch die Schoah nicht selbstverständlich ist.

Israel, das „Land wo Milch und Honig fließt" ist eine besonderes Land. Moral, Geist, Innovation, Freiheit und Gleichberechtigung sind hier selbstverständlich.

Das Land ist hoch entwickelt und hat weltweit die meisten Startups. Israelis fühlen sich europäisch, und daher ist uns die Begegnung mit ihnen nicht fremd.

Israel hat viele „Entdecker", sie haben nicht nur viele Nobelpreisträger, sondern viele Dinge unseres Alltags sind in Israel erfunden worden. Genannt sei hier aus der Medizin der Herzschrittmacher, Kameras zur Untersuchung des Magen –Darm—Traktes, MRT, Ultraschall, Medikamente und Therapien, aus dem Bereich innovativer Technik der USB-Stick, Betriebssystem Mircrosoft, Chiptechnologie, Solartechnologie, E-Book, aus der Landwirtschaft Tröpfchenbewässerung, die Cherrytomate, Gemüsezüchtungen für trockene Regionen, Bäume in der Wüste und und und (mehr)

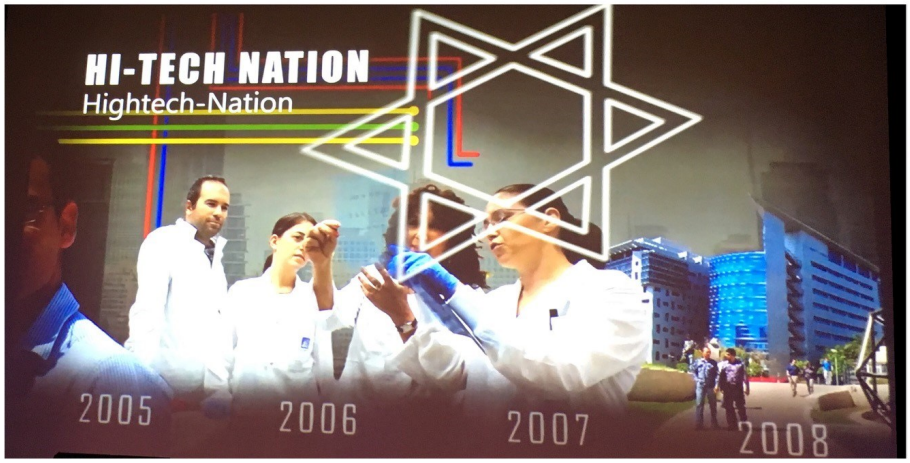
Ich habe mich immer gerne für die Belange Israels engagiert und werde es auch weiterhin tun.

Mazel tov, Israel!

+++Lese Tipp+++ Lese Tipp +++

Wer sich näher mit diesem Thema befassen möchte findet hier viele interessante Infos. Exodus ist der Titel eines 1958 erschienenen Romans des jüdisch-amerikanischen Schriftstellers Leon Uris über die Entstehungsgeschichte des Staates Israel. Der Roman erschien erstmals 1958. Titelgebend war das Schiff Exodus, mit dem 1947 über 4000 jüdische Flüchtlinge nach Palästina gelangen wollten. Der Titel spielt aber auch auf das Buch Exodus an, das den Auszug der Israeliten aus Ägypten und die Rückkehr ins Gelobte Land beschreibt. Weitere historische Ereignisse, die in die Handlung des Romans miteingeflossen sind, sind die La-Spezia-Affäre, der Bombenanschlag auf das King David Hotel und der Gefängnisausbruch von Akko. Das Buch wurde auch verfilmt und ist auf DVD im Handel erhältlich, plant euch viel Zeit an, dauert 3 Stunden! Titelgebend war das Schiff Exodus, mit dem 1947 über 4000 jüdische Flüchtlinge nach Palästina gelangen wollten. Der Titel spielt aber auch auf das Buch Exodus an, das den Auszug der Israeliten aus Ägypten und die Rückkehr ins Gelobte Land beschreibt. Weitere historische Ereignisse, die in die Handlung des Romans miteingeflossen sind, sind die La-Spezia-Affäre, der Bombenanschlag auf das King David Hotel und der Gefängnisausbruch von Akko.

Uris orientiert sich in der Haupthandlung an dem tatsächlichen Geschichtsverlauf. Allerdings beansprucht er ein großes Maß an literarischer Freiheit. Das macht es auch spannend und emphatisch.



+++ Infos +++ Infos +++ Infos +++ Infos +++ Infos +++

Friedrich-Ebert– Stiftung NRW

Einladung zur Ausstellungseröffnung mit Ingrid Matthäus-Maier und Dr. Jürgen Linden

Solidarität und Widerstand - Deutsch-griechische Beziehungen während der griechischen Militärdiktatur 1967 - 1974

Stadtbibliothek Aachen
25. April 2018, 16.30 - 19.00 Uhr

Vor 50 Jahren übernahm in Griechenland eine Obristenjunta durch einen Militärputsch die Macht. Das Regime hielt sich trotz griechischen und europaweiten Widerstands sieben Jahre lang. Neben den Niederlanden und Skandinavien bildete die Bundesrepublik Deutschland ein wichtiges Zentrum der Oppositionsbewegungen gegen die Obristendiktatur. Dabei spielten Parteien, Gewerkschaften und politische Stiftungen eine zentrale Rolle. Nicht zuletzt die SPD und an ihrer Seite die Friedrich-Ebert-Stiftung praktizierten Solidarität mit dem Widerstand in Griechenland. Aber auch Exilgriech_innen erhoben ihre Stimme, obwohl der lange Arm der Junta und deren Einschüchterungsversuche bis ins Ausland reichten. Namhafte Medien, besonders herauszuheben sind die Deutsche Welle und der Bayerische Rundfunk, verliehen dem Widerstand eindrucksvoll Bild, Text und Stimme.
Wir laden Sie herzlich zur Eröffnung der Ausstellung ein!

16.30 Uhr Begrüßung
Ingrid Matthäus-Maier, Vorsitzende des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung Dr. Jürgen Linden, Vorsitzender des Karlspreisdirektoriums PD Dr.-Ing. Dr. med. Efstathios Savvidis, 1. Vorsitzender der Deutsch-Griechischen Gesellschaft (DGG) Aachen
17.00 Uhr Thematische Einführung
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, MdB a. D., Präsidentin der Vereinigung der Deutsch-Griechischen Gesellschaften e. V. (VDGG)
17.15 Uhr Podiumsdiskussion
Prof. Dr.-Ing. Constantinos Makropoulos, damaliger Vorsitzender des VGS (Verein griechischer Studenten) an der RWTH Aachen und Mitglied des Zentralkomitees "Freunde der PAK"
Dr.-Ing. Constantin Zografou, damaliges Vorstandsmitglied des VGS Claus Haase, damaliger AStA-Vorsitzender der RWTH Aachen

Moderation: Georgios Pappas, Deutschland-Korrespondent ERT / TA NEA
Wir bitten um Anmeldung, da die Räumlichkeiten begrenzt sind.
Anmeldelink:
https://www.fes.de/lnk/36l

Kontakt & Impressum

E-Mail. michael.thews@bundestag.de, Impressum: Michael Thews MdB (v.i.S.d.P.), Redaktion: Frauke Stürenburg

Fotos: Joshua Fraedrich, Ruth Herzog, pixaby

Parlamentsbüro Berlin

Frauke Stürenburg – Ruth Herzog – Joshua Fraedrich

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Bürgerbüro Lünen

Anette Janßen - Winnie Marx

Stadttorstraße 5

44532 Lünen

Bürgerbüro Hamm

Bettina Schwab-Losbrodt

Westhofenstraße 1

59065 Hamm